© Österreich; Naturschutzbund; download unter www.biologiezentrum.at

Fischotter

Bei der Gelegenheit ein Ratschlag eines langjährigen Naturschutzbundmitgliedes:

Die Verantwortlichen des Naturschutzbundes sollten sich mit dem Gedanken tragen, das Symbol des ÖNB – den Fischotter – durch ein anderes zu ersetzen!

Die Fischotter werden im Waldviertel bereits zur Landplage für alle Fischereigewässer und ihr Bestand nimmt ständig zu!

Es kann nicht Ziel eines Naturschutzorganes sein, eine bereits unnatürlich hohe Tier-Population, die außerdem einen ganzen landwirtschaftlichen Betriebszweig gefährdet, generell weiter zu schützen (zumindest nicht in den betroffenen Gebieten!!). Das meint ein vom Fischotter stark geschädigter Betreiber einer der größten Teichwirtschaften des Waldviertels. Wäre für Diskussion dankbar! Bin ansonsten mit der Linie des Naturschutzbundes einverstanden.

Thomas Kainz
Teichwirtschaft, 3830 Waidhofen

Anmerkung der Redaktion:

Fischotter und Teichwirtschaft

Info-Falter

Der Naturschutzbund hat, wie sein Name schon sagt, einen eindeutigen Auftrag. Es kann nicht sein, daß er diesen an die unterschiedlichen Meinungen anderer Interessengemeinschaften anpaßt. Gerade im Waldviertel bezahlt u. a. der ÖNB-NÖ Entschädigungen für Fischotterschäden. Die Teichbewirtschafter sind auch aufgefordert, Maßnahmen, die anderswo schon erfolgreich waren, auch bei uns zu ergreifen, z. B. Errichtung von Elektrozäunen und Gittern. Wir sind uns der wirtschaftlichen Problematik, der die Teichbesitzer ausgesetzt sind bewußt, appellieren jedoch auch an Vernunft und Toleranz: Nicht nur der Mensch hat Rechte – diese haben gleichermaßen auch wildlebende Tiere. Der Fischotter ist – wenn man vom Waldviertel absieht – noch lange nicht überall dorthin zurückgekehrt, wo er vor seiner Dezimierung lebte (vgl. Artikel „Illegale Jagd auf Fischotter, S. 6)

„Seltsam"

Umweltschutz und Plastik sind nicht unter einen Hut zu bringen, meint die ARGE Müllvermeidung. Auf Geheiß der EU darf nun auch bei uns Mineralwasser in Plastikflaschen verkauft werden. Vor kurzem brannte die Sortieranlage für PET-Flaschen in Klagenfurt (der größte Brand des Jahres). Rauchschwaden, „völlig ungefährlich?" verdunkelten den Himmel, von den Grünbewegungen und anderen Umweltorganisationen keine Reaktion des Protestes.
Das selbe Fiasko vor kurzem in Indonesien. Riesige Brände durch Brandrodungen verdunkelten durch gewaltige Rauchwolken große Teile Vorderasiens. Da fragt sich, wie viele Menschen und Tiere verbrannten in diesem Fammeninferno. Die Weltöffentlichkeit sah tatenlos zu, und auch hier gab es keine Proteste. Wie lange wird sich die Menschheit durch einige Profiteure über den Tisch ziehen lassen?

Peter Perdau
Bahnhofstraße 48
A-9560 Feldkirchen

Mobilfunk

Nach zwei Jahren des zielstrebigen und kompromißlosen Ausbaus zweier Parallel(!) netze – max.mobil und Mobilkom – in der Stadt Salzburg, wachen nun, leider viel zu spät, immer mehr besorgte Bürger auf und schließen sich zu Bürgerinitiativen zusammen.

Dieses rege öffentliche Interesse hätten wir vor zwei Jahren gebraucht, bevor die flächendeckende GSM-Bestrahlung im Stadtgebiet installiert wurde.

Nun ist es aber leider viel zu spät und wir sind bereits vor vollendete Tatsachen gestellt. Viele Menschen führen ihre Kopfschmerzen und Schlafstörungen auf die Bestrahlung durch nahe Funkmasten zurück. Wissenschaftlich ist ja noch gar nichts geklärt – siehe Studie von Dr. Oberfeld, Landessanitätsdirektion, der die derzeit gültigen Grenzwerte als viel zu hoch bezeichnet.

©Österreichischer Naturschutzbund; download unter www.biologiezentrum.at

Was jetzt getan werden soll, ist die Steigerung der Gesprächsbereitschaft des dritten (!) Parallelnetzbetreibers Connect. Noch dazu fehlt jede rechtliche Möglichkeit. Gesetze, die die Abstrahlung von gepulster elektromagnetischer Strahlung durch GSM-Sender regeln, werden nämlich im Verkehrsministerium und nicht dort, wo sie hingehören, im Gesundheitsministerium fabriziert; und da haben – gerade in Zeiten wie diesen – allemal wirtschaftliche Aspekte das Sagen. Baurechtlich scheinen solche Sender gar nicht zu existieren.

Mag. Armin Fitzka,
Bürgerinitiative gegen den Wildwuchs von GSM-Mobilfunk-Sendeanlagen, Salzburg

Sendemasten-Wildwuchs

Naturschutzbund bietet Formulare zur Schadenersatzvoranmeldung

Salzburg. Beim Naturschutzbund Salzburg mehren sich in letzter Zeit die Beschwerden gegen den Wildwuchs von Sendeanlagen. Der ÖNB kritisiert die mangelnde gesetzliche Grundlage für die Errichtung und den Betrieb derartiger Anlagen. Dieser Freibrief ist ja mit die Ursache für die häufig präpotente Vorgangsweise der Betreiberfirmen gegenüber betroffenen Bürgern.

Um dem Wildwuchs an Sendeanlagen auch juristisch entgegenzutreten und um sich gegenüber den Betreibern abzusichern, bietet der Naturschutzbund Salzburg allen Betroffenen ein Formular an, mit dem sie vorbeugend ihre Schadenersatzansprüche gegenüber den Sendeanlagen-Betreibern geltend machen können. Diese reichen von Schmerzensgeld über Kostenersatz im Krankheitsfall bis hin zur Wertminderung der Wohnung.

Die Betreiber sollen mit dieser Schadenersatzvoranmeldung deutlich darauf hingewiesen werden, daß ihr zum Teil rücksichtsloses und übereiltes Vorgehen – noch sind ja wenig fundierte wissenschaftliche Untersuchungen über die gesundheitliche Unbedenklichkeit der Sendeanlagen vorhanden – wirtschaftliche Auswirkungen haben könnte. Die Betreiber sollen also entsprechende Vorsorge für eventuell erst später manifest werdende Schäden treffen.

Die Landeshauptleutekonferenz, Ende Mai, wurde ersucht, einerseits die Rechte der Bürger auf Landesebene zu verbessern und andererseits sich für eine entsprechende Änderung des Telekommunikationsgesetzes auf Bundesebene stark zu machen.

Bereits im Natur & Land, Dezemberheft 1997, berichteten wir über Chaos und Wildwuchs der Handy-Netze. Schon damals sprach sich der Umweltdachverband ÖGNU, dem auch der Naturschutzbund angehört, gegen die unkontrollierte und unkoordinierte Vorgangsweise der Netzbetreiber aus.

Schadenersatzvoranmeldung-Formulare können beim Naturschutzbund Salzburg, Arenbergstraße 10, 5020 Salzburg gegen Beilage von Briefmarken für das Rückporto angefordert werden.

Die Forderungen der ÖGNU an ein neues Telekommunikationsgesetz sind:

- Volle Parteistellung von Anrainern und Gemeinden
- Dynamische Adaptierung der Grenzwerte an den jeweiligen Stand der Technik
- Gesetzliche Verpflichtung der Betreiber zur Koopera-

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Natur und Land (vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: 1998_3

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: Lesermeinung 4-5